

Finanzmarkt Unverständnis

Nicht ohne Larmoyanz wird in der öffentlichen Diskussion vermerkt, dass Deutschland und Europa im Begriff stehen, bei neuen internetbasierten Technologien ins Hintertreffen zu geraten. Außer kollektivem Gejammer nebst den erwartbaren Schuldzuweisungen fällt der politischen Elite Deutschlands aber wenig Konkretes dazu ein. Auffällig ist vor allem die unzureichende Ursachenanalyse für das gefühlte Zurückfallen. Es fällt scheinbar niemandem in Berlin auf, dass es die überlegene Finanzmarktkultur Amerikas ist, die zu den Marktführern in den Internet-Gewerken geführt hat.

Während man es hierzulande in politischen Zirkeln vorzieht, eine distanzierte und zum Teil verachtende Attitüde gegenüber der Börse und Eigenkapitalanlagen (Aktien und Aktienfonds) an den Tag zu legen, weiß man auf der anderen Seite des Atlantiks um die segensreiche Innovationsdynamik, die durch die Finanzmärkte animiert und in Schwung gehalten wird. Und das Geld folgt bekanntlich der Attraktivität eines Marktes.

Mehr als 70% des weltweiten Handelsvolumens in Aktien findet mittlerweile in den USA statt, wie die Handelschefin von Fidelity Investments kürzlich mitteilte. Hierzulande bleibt es dagegen weithin unbeachtet, dass Unternehmen wie Amazon, Uber oder Tesla ihr Wachstum und Frühphasenüberleben ausschließlich der breiten und tiefen amerikanischen Finanzmarktkultur zu ver-

danken haben. Bei den selbstfahrenden Autos oder Internetbezahlssystemen wird es nicht anders sein. Ohne risikobereite Frühphaseneigenkapitalgeber (Venture Capital) gäbe es die Unternehmen nicht.



Und ohne die nachfolgende Kette weiterbesitzender Eigenkapitalgeber (Private Equity Fonds, Aktien-

fonds, Hedgefonds, Beteiligungsgesellschaften, Pensionsfonds, Vulture Fonds etc.) hätten Frühphasenfinanzierer keine Chance, ihre Früchte zu ernten und nach neuen unternehmerischen Okkasioneen Ausschau zu halten.

In Deutschland sorgen allein schon die leistungsfeindlichen Steuergesetze dafür, dass die Venture Capital Szene ein bescheidenes Dasein fristet. Die Regierenden - ihrerseits i.d.R. Berufspolitiker - ziehen es vor, durch staatliche Großbanken wie die KfW, Sonderförderungsprogramme ins Leben zu rufen. Man darf sich darüber nicht wundern, denn die seit Jahrzehnten geförderte Fremdkapitalkultur mit ihren staatlichen Privilegien gegenüber Eigenkapitalanlagen ist in den Köpfen mittlerweile fest verankert. Und ein Finanz- und oder Wirtschaftsminister, der wie in

den USA oftmals von der Wall Street kommt, ist in Deutschland völlig undenkbar. Der Parteienproporz verhindert den Einstieg von kompetenten Quereinsteigern zur Gänze; Gender- und andere Quoten sorgen für den Rest.

Ein grundsätzliches Unbehagen gegenüber Börse und Finanzmarkt findet seine Spiegelung in der verkümmerten deutschen Aktienkultur. Die mutigen Schritte des Reformkanzlers der Deutschen – der parteipolitisch ungeliebte Gerhard Schröder - dessen Agenda 2010, die ja zugleich auch eine ernstzunehmende Steuerreform war, ist inzwischen Historie. Unter Frau Merkel hat sich hernach ein Gouvernantenstaatsmodell ausgebreitet, das sich in Weltverbesserungsideologien

verrannt hat und überhaupt keinen Zugang zu marktwirtschaftlichem Denken besitzt. Die Hypothese der Kanzlerin, durch den überhasteten Atomausstieg den Grünen die Existenzgrundlage zu entziehen, hat sich als existenzieller Fehler erwiesen. Denn die Grünen, die in ihrem Kern Neigungen zu einer totalitären Verbotsparterie aufweisen (Fleisch, Kohle, Diesel, Autos etc.), haben seither mit dem Klimawandel ein neues Gewinnerthema finden können, mit dem sie die Altparteien CDU und SPD vor sich her treiben. Diese haben mit einem strammen Linksrutsch auf die Bedrohung durch die Grünen reagiert und dabei ist mittlerweile sämtlicher ökonomischer Sachverstand auf der Strecke geblieben. Es geht aber Deutschland keineswegs

schlecht genug, um wie seinerzeit nach den chaotischen Anfangsjahren des Gerhard Schröder eine Notwendigkeit für Reformen zu verspüren. Dafür ist nicht zuletzt auch die Europäische Zentralbank mit verantwortlich, denn deren Nullzinspolitik hat es der Politik bislang ermöglicht, keine zusätzlichen Staatsschulden aufnehmen zu müssen. Hoffentlich hat dieser paradiesische Zustand noch lange Bestand.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns